

# Abschiebung in den Krieg

Warum die Situation für Afghanistan-Rückkehrer lebensgefährlich ist

Farid (Name geändert) ist ein 22-jähriger Afghane und hat als Teenager beide Eltern verloren. Er vermutet, dass die Taliban sie umgebracht haben. Als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling kommt er nach Deutschland, lernt die Sprache und versucht, sich eine Existenz aufzubauen.

**D**och trotz Unterstützung von Freunden und Flüchtlingshelfern gelingt es ihm nicht, Asyl zu bekommen. Am 14. Dezember 2016 wird er vom Frankfurter Flughafen abgeschoben – zusammen mit 33 anderen Männern aus Afghanistan. In Kabul empfangen ihn Vertreter des afghanischen Flüchtlingsministeriums und der Internationalen Organisation für Migration. Doch Hilfe bekommt er nicht, niemand habe sich um ihn gekümmert, sagt Farid. In seiner Heimatstadt in Zentralafghanistan sucht er vergeblich nach seinen Verwandten. Er kehrt zurück nach Kabul und lebt von dem Geld, das er von einer deutschen Bekannten erhält. Was sein wird, wenn das Geld aufgebraucht ist, weiß er nicht.

Mit Farid im Flugzeug sitzt Samir N., ein Hindu, der weder Dari noch Paschtu spricht und vier Jahr in Hamburg lebte. Jetzt haust er in einem ungeheizten Sikh-Tempel und traut sich nicht vor die Tür. Die Hindus in Afghanistan leben sehr unter sich. Da die Gläubigen verfolgt werden, gehen sie nur in Gruppen aus dem Haus, um sich zu schützen. Nur noch etwa 1.000 Hindus sollen in dem Land leben.

Können Rückkehrende in Afghanistan Schutz und Hilfe erwarten und ihre eigene Existenz sichern? Die Afghanistan-Spezialistin Friederike Stahlmann setzt sich mit

der humanitären Situation und den Bedrohungen auseinander, denen die Menschen in Afghanistan in ihrem sozialen Umfeld ausgesetzt sind. Sie verweist auf die ökonomische Situation, die sich seit 2012 massiv verschlechtert habe.

„Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts ist von 14,4 % in 2012 auf 0,8 % in 2015 gesunken. Schon im Jahr 2015 hat UNHCR die Zahl der „Persons of Concern“ (also der Personen, die unter das Mandat der Organisation fallen, im Fall Afghanistan vor allem Binnenvertriebene und Rückkehrende) mit 1,77 Millionen veranschlagt. Für 2017 geht das UNOCHA davon aus, dass 9,3 Millionen Afghanen akut von humanitärer Hilfe abhängig sein werden, was einen Zuwachs von 13 % im Vergleich zum Vorjahr bedeutet“, schreibt sie im Asylmagazin.

**I**nsbesondere die Städte seien mit immenser Zuwanderung konfrontiert. Ausgefallene Ernten aufgrund der Kämpfe sorgen dafür, dass viele Bauern ihr Land verlassen. Hinzu kommen die Flüchtlinge aus den Nachbarländern Afghanistans. Nicht nur der Iran schiebt vermehrt afghanische Staatsangehörige ab. Auch Pakistan hat entschieden, keine afghanischen Personen mehr im Land zu dulden. „Allein 2016 sind so 1.034.000 Menschen aus Iran und Pakistan nach Afghanistan zurückgekehrt,

wobei als „Rückkehrende“ auch jene gelten, deren Eltern schon in Pakistan geboren wurden. Diese erzwungene Rückkehr wird nicht nur aufgrund der akut drohenden Gefahren durch Krieg und Verfolgung von vielen verurteilt. Die immensen Zahlen von Rückkehrenden verschärfen auch weiter die schon bestehende humanitäre Not-situation“, so Friederike Stahlmann. Da die Rückkehr in die Heimat aufgrund von Zerstörungen oft versperrt ist, sucht die Mehrheit der Rückkehrenden in den Städten Zuflucht. So ist die Stadt Kabul seit 2001 von damals 500.000 auf geschätzte fünf bis sieben Millionen Einwohner angewachsen.

„Unter den Rückkehrenden, aber auch unter den Binnenvertriebenen, sind insbesondere jene akut in ihrem Überleben gefährdet, die keine verlässliche Unterstützung durch bestehende soziale Netzwerke haben“, erklärt Stahlmann. Die Arbeitslosigkeit in Afghanistan liegt offiziell bei 40 %, wobei der Anteil in den Städten mit 70-80 % besonders hoch ist. „Auch die gezielte Beratung von Rückkehrenden in Kabul stößt hier an ihre Grenzen, denn wo es keine Arbeitsplätze gibt, können auch keine vermittelt werden“, weiß die Afghanistan-Expertin. Wer keine Arbeit hat, erhält aber auch keine Wohnung. Laut „Afghan Living Conditions Survey 2013-2014“ lebten bereits damals 73,8 % der städtischen Bevölkerung in Slums.

**L**aut Friederike Stahlmann ist es in Afghanistan lebensbedrohlich, ohne Perspektive auf Arbeit oder Wohnraum zu sein: „UNOCHA warnt eindringlich, dass die katastrophalen sanitären und hygieni-



IN DEN STRASSEN VON KABUL

schon Bedingungen, der fehlende Zugang zu Trinkwasser und die Enge in den Slums die akute Gefahr der unkontrollierten Ausbreitung von Krankheiten und Seuchen begründet. Unter- und Mangelernährung und die schlechte Qualität der medizinischen Versorgung, so es sie denn gibt, potenzieren diese Gefahr. Die in den Städten verfügbare, jedoch weitgehend kommerzielle, medizinische Versorgung zwingt Betroffene zudem häufig in die Verschuldung, die die gesundheitlichen Gefahren von Unterernährung und Obdachlosigkeit nach sich zieht“. Diese Lebensumstände seien nicht nur für Kinder, Alte und Kranke, sondern auch für junge, gesunde Erwachsene lebensgefährlich.

„Einschätzungen zur allgemeinen ökonomischen Lage, die sich weiterhin auf Daten von 2012 beziehungsweise auf noch ältere Urteile beziehen, wie sie häufig in Bescheiden des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge zu finden sind, können weder den Zusammenbruch der afghanischen Wirtschaft seither, noch die grundlegend infrage gestellten Überlebenschancen angesichts der sich abzeichnenden humanitären Katastrophe berücksichtigen. Die Annahme, dass zumindest alleinstehende junge gesunde Männer und kinderlose Paare ihr Überleben aus eigener Kraft sichern können, ist durch die derzeitige humanitäre Lage inzwischen jedoch grundlegend infrage gestellt“, schreibt Stahlmann im Asylmagazin.

Das Bundesamt für Migration argumentiert, dass die Rückkehrer in der Regel mit der Unterstützung durch Familien, Clans

oder sogar ethnische Gruppen rechnen könnten. Doch das traditionelle afghanische Solidarsystem hat seine Relevanz weitgehend eingebüßt und seine Verlässlichkeit verloren, wie die Afghanistanexpertin schildert: „Grenzen der Solidarität sind zunächst Grenzen des Möglichen. Wo selbst internationale Organisationen überfordert sind, humanitäre Nothilfe zu gewährleisten, kann von Familienverbänden kaum erwartet werden, dass sie dazu besser in der Lage sind“. Traditionell sei ein Ehemann zwar für die Versorgung seiner Familie verantwortlich, hier aber zunächst für seine Frau, Kinder und Eltern und erst dann für die Unterstützung weiterer Verwandter. Wie wenig Väter insgesamt zur Versorgung ihrer Familien in der Lage sind, zeige die akute Mangel- und Unterernährung von einer Million Kindern unter fünf Jahren.

**D**ie Fluchtbewegungen der Bürgerkriegsjahrzehnte hätten Familien häufig dauerhaft über Landesgrenzen und teilweise Kontinente hinweg aufgespalten. Zu einer weiteren Zerrüttung der Familienverbände trage bei, dass nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch in den derzeitigen Kriegen die Konfliktlinien häufig durch die Familien laufen und sie spalten. „Selbst Brüder haben sich in Bürgerkriegszeiten teils auf gegnerischen Seiten wiedergefunden und tun das auch heute oftmals – z.B. indem ein Teil der Familie die Taliban unterstützt, während ein anderer auf Seiten der Regierung steht“, berichtet Stahlmann. Zudem sei für Rückkehrende aus Europa das Entführungsrisiko besonders hoch, besonders wenn ihnen unter-

stellt wird, an Reichtum gekommen zu sein. „Falls die Flucht über Kredite finanziert wurde, wird zudem spätestens bei Rückkehr auch deren Rückzahlung samt Zinsen fällig. Damit droht vielen derer, die sie nicht bedienen können, die Schuldklaverei“, schreibt sie. Dazu komme das nicht unerhebliche Risiko der Verfolgung durch das soziale Umfeld oder extremistische Gruppierungen, die durch das Stigma des Lebens im Westen begründet sei.

Liza Schuster und Nassim Majidi haben in ihrer Forschung über Rückkehrende aus Großbritannien gezeigt, dass aufständische Parteien und kriminelle Organisationen gezielt unter Rückkehrenden rekrutieren – **Quelle: [openaccess.city.ac.uk/4717](https://openaccess.city.ac.uk/4717)**

*Friederike Stahlmann ist Ethnologin am Max-Planck-Institut Halle und aktuell eine der führenden Afghanistan-Expertinnen. Ich durfte sie bei dem Strategie-Tag der IPPNW zu Afghanistan und auf dem PRO-ASYL-Tag erleben und ihre eindrücklichen Schilderungen und Argumente hören.*

**Zitate aus dem Artikel von Friederike Stahlmann „Überleben in Afghanistan?“ im Asylmagazin 3/2017: [www.asyl.net/arbeitshilfen-publikationen/asylmagazin.html](http://www.asyl.net/arbeitshilfen-publikationen/asylmagazin.html)**

Carlotta Conrad ist Mitglied im Vorstand der deutschen IPPNW und aktiv im Arbeitskreis Flucht und Asyl.



Foto: © Erik Marquardt